

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Ingo Henneberg (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu PB.B-01

Nach Zeile 325 einfügen:

Europäische Raumfahrt stärken

Die Menschheit gewinnt durch Raumfahrt grundlegende Erkenntnisse über das Universum, unseren Planeten, insbesondere für die Klimawissenschaft, und technologische Innovationen. Europa muss in der internationalen Weltraumpolitik eine zentrale Rolle übernehmen. Nur wenn wir heute handeln, können wir unsere technologische Souveränität sicherstellen, den Zukunftssektor Raumfahrt stärken und den Wirtschafts- und Forschungsstandort Europa attraktiv halten. Dafür sind jetzt mutige Entscheidungen notwendig: Wir wollen die Finanzierung der Europäischen Raumfahrtorganisation (ESA) stärken, internationale Wissenschaftskooperationen, wie die geplante internationale Raumstation im Mond-Orbit (LOP-G), vorantreiben, einen unabhängigen Zugang zum All sichern, das ESA-Astronaut*innen-Programm ausbauen, eine europäische Raumfahrtakademie schaffen und Startplätze für Satelliten in Europa ermöglichen. Deutschland soll darauf hinwirken, dass europäische Satelliten ausschließlich mit europäischen Trägerraketen starten um so den industriellen Kern dieser Schlüsseltechnologie zu schützen. Mit einem europäischen Vergabeprogramm unterstützen wir gezielt Startups im Bereich New Space. Die Nationalen Raumfahrtstrategie muss grundlegend überarbeitet werden. Um sicherzustellen, dass künftig alle Staaten von der Erforschung und Nutzung profitieren und ihrer Verantwortung gerecht werden, bedarf es eines neuen internationalen Rechtsrahmens, der die Vermeidung von Weltraumschrott sicherstellt, die Lizenzierung von Satelliten vereinheitlicht und private Raumfahrt-Akteure reguliert. Die EU muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Daher wollen wir einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen schaffen.

Begründung

Die Raumfahrt hat in den letzten 10 Jahren enorme technologische Fortschritte gemacht. Durch drastisch gesunkene Kosten für Satellitenstarts und durch die enorme Finanzkraft insbesondere US-amerikanischer Akteure (z.B. SpaceX von Elon Musk) sind in den nächsten Jahren große Veränderungen in der Raumfahrt zu erwarten. Eine völlig neue Industrie - mit großen Chancen, aber auch erheblichen Risiken - entsteht. Und die Weichen werden jetzt gestellt. Auch in Deutschland gibt es **zunehmend Firmengründungen in diesem Bereich** und ein gestiegenes öffentliches wie privatwirtschaftliches Interesse an der Raumfahrt. Gerade für die Klimawissenschaft, aber auch für viele Anwendungen mit großem Klimaschutz-Potenzial bietet die Raumfahrt viele Möglichkeiten - gleichzeitig droht die Gefahr, dass sich die Macht- und Monopolstrukturen der Digitalisierung aufs Weltall übertragen. Es fehlt ein zeitgemäßer internationaler Rechtsrahmen für die Raumfahrt.

Zu diesen in wissenschaftlicher, technologischer, wirtschaftlicher und friedenspolitischer Hinsicht sehr relevanten Fragen ist leider im Entwurf zum neuen Bundestagswahlprogramm kein Wort zu

finden. Der Begriff "**Weltraum**" **findet sich im Entwurfstext bislang nur einmal im Kontext "Autonome tödliche Waffensysteme"** (S. 132; die dort vorgeschlagene Formulierung, dass eine Militarisierung des Weltraums ausgeschlossen werden muss, unterstützen die Antragssteller:innen ausdrücklich, verzichten aber deshalb hier auf diesen Aspekt).

Der Antrag baut auf der geltenden **Beschlusslage aus dem Grundsatzprogramm** sowie dem **Absatz zur Raumfahrt aus dem letzten Europawahlprogramm** auf, für die es beide breite Unterstützung in der Partei gab. Zusätzlich ergänzen wir **bundespolitische Forderungen mit Projektcharakter für die nächsten vier Jahre** und arbeiten die europäische Dimension deutlich heraus, denn Raumfahrt ist nur sinnvoll europäisch zu organisieren. **So harmoniert unser Absatz sehr gut mit dem generellen Europa-Mainstreaming des Programms.**

Zunächst begründen wir vor allem die Bedeutung der Raumfahrt für die Menschheit durch die Forschung, internationale Kooperationen - so etwa im Falle der ISS auch zwischen den USA und Russland - und den Chancen der Erdbeobachtung insbesondere bei globalen Problemen wie dem Klimawandel (aber eben auch dem Katastrophenschutz oder der Wetterbeobachtung) sowie der Ermöglichung von medizinischen und technologischen Innovationen, etwa der Navigations- und Kommunikationstechnologie.

Danach stellen wir wesentliche politische Leitlinien für eine engagierte europäische Raumfahrtpolitik und den Bedarf eines neuen internationalen Rechtsrahmens vor. Als Beispiel sei hier nur die Idee einer europäischen Raumfahrtakademie genannt, die als Wissenschafts- und Bildungseinrichtung alle Disziplinen, die mit Weltraumthemen zu tun haben, bündeln soll, von Weltraumrecht über Antriebstechnik bis hin zu Medizin. So könnte eine weltweit einmalige Wissenschafts- und Bildungseinrichtung etabliert werden. **Aus unserer Sicht darf eine engagiert europäische Raumfahrtpolitik im Wahlprogramm nicht fehlen, um auch politische Antworten auf diesen, an Bedeutung wachsenden, Zukunftssektor zu haben.**

Wir halten die Platzierung des Abschnitts im **unteren Teil des Forschungskapitels** für die beste Variante, wäre aber auch offen sie in den Bereich Internationale Kooperation oder an anderer geeigneter Stelle einzubringen.

weitere Antragsteller*innen

Marcel Ernst (KV Göttingen); Dieter Janecek (KV München); Rafael Mentges (KV Freiburg); Niklas Hendrik Nienaß (KV Rostock); Tim Schlößer (KV Aachen); Felix Bohnacker (KV Bodenseekreis); Alexander König (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald); Viola von Cramon (KV Göttingen); Hannes Damm (KV Vorpommern-Greifswald); Anna Christmann (KV Stuttgart); Verena Bitter (KV Aachen); Philipp Delfosse (KV Karlsruhe); Michael Klein (KV Cham); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Karim Saleh (KV Freiburg); Robin Wagener (KV Lippe); Sebastian Pewny (KV Bochum); Jannick Frank Roller (KV Freiburg); Inga Kretschmar (KV Lippe); Alper Cugun-Gscheidel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Florian Winkler (KV Uckermark); Eva Engelken (KV Mönchengladbach); André Höftmann (KV Fürth-Land); Jessica Nicolosi (KV Freiburg); Johannes Brink (KV Mittelsachsen); Hendrik Nahr (KV Aachen); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Miriam Matz (KV Saalekreis); Jesko Treiber (KV Freiburg); Jan Schollmeier (KV Bamberg-Stadt); Jeremy Zgrzebski (KV Freiburg); Jonathan Wiencke (KV Leipzig); Claudia Müller (KV Vorpommern-Rügen); Julius Kurth (KV Leipzig); André Carls (KV Vorpommern-Greifswald); Andreas Haubold (KV NWM/Wismar); Tilman Walter Neuhaus (KV Rostock); Marcel

Rohrlack (KV München); Florian Döllner (KV München); Uwe Ney-Rancea (KV Berlin-Pankow); Tilmann Holzer (KV Berlin-Mitte); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Marcel Duda (KV Hildesheim); Doris Wagner (KV München); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Franziska Brantner (KV Heidelberg); Elisabeth Gertrud Does (KV Stuttgart)